

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Spanien-Debatte im Europarat

Wieder einmal befaßte sich der Europarat in Straßburg (in seiner Vollversammlung am 16. Januar 1964) mit den Zuständen in Spanien. Der Anlaß war ein Bericht des Politischen Ausschusses des Europarats über einen 1960 von den beiden konservativen britischen Abgeordneten *Macmillan jr.* und *Kirk* eingebrachten Antrag, die Verhältnisse in Spanien zu untersuchen und die europäische Öffentlichkeit durch den Europarat über die Ergebnisse zu informieren. Dieser Antrag wurde seinerzeit dem Ausschuß für die nicht repräsentierten Nationen zur Stellungnahme und dem Politischen Ausschuß zur Berichterstattung überwiesen.

Das deutsche sozialistische Mitglied des Europarats, Frau *Annemarie Renger*, erstattete den ersten Bericht am 13. Januar 1961. Der zweite Bericht folgte am 9. Februar 1961. Nach gründlichen Diskussionen wurde der Bericht von Frau Renger einstimmig angenommen. *Dennoch hat er nie die Öffentlichkeit erreicht.* Da in dem Bericht viele Tatsachen zusammengetragen wurden, die den unmenschlichen Charakter des Franco-Regimes durch unverdächtige Zeugen beweisen, wurde der Bericht (mit Hilfe verschiedener Manipulationen beim Europarat) noch nicht der Öffentlichkeit vorgelegt.

Inzwischen erschien ein dritter Bericht des Schweden *Gustafson* im Juli 1963 und ein vierter des Schweizer *Bretscher*.

Schließlich erzwangen die Sozialisten in der Beratenden Versammlung des Europarats eine

Debatte über diesen Punkt, während die Mehrheit des Politischen Ausschusses alles daran setzte, eine Information der Öffentlichkeit über die wirklichen Zustände in Spanien, so wie es der Antrag gefordert hatte, zu verhindern. Die gleiche Mehrheit im Politischen Ausschuß, die die Veröffentlichung des Berichts von Frau Renger verhindert hat, versuchte nun mit einem Geschäftsordnungstrick, Spanien von der Tagesordnung des Europarats abzusetzen. Es wird behauptet, daß die Franco-Diplomaten in verschiedenen Hauptstädten Europas sehr nachdrücklich diese Lösung unterstützt hätten.

Die Mehrheit des Politischen Ausschusses und der Berichtersteller meinten, es sei in den letzten Jahren reichlich Material über die Zustände in Spanien von anderen Stellen veröffentlicht worden und der Europarat könne daher diesen Punkt von seiner Tagesordnung absetzen. Es schien den Demokraten und Sozialisten des Europarats jedoch unmöglich, zu den fortgesetzten Verletzungen der Menschenrechte durch die spanische Regierung zu schweigen.

Die Debatte erhielt ihre besondere Note dadurch, daß nicht nur Sozialisten aus Deutschland, Österreich, England und Skandinavien ihre Sorge und Empörung über die Vergewaltigung der Menschenrechte in Spanien zum Ausdruck brachten, sondern auch liberale und konservative Redner sehr entschieden das Franco-Regime verurteilten und die demokratische Pflicht des Europarats herausstellten, die Methoden unmenschlicher Diktatur auch in diesem Teil Europas anzuprangern.

Überraschend war es, daß eigentlich niemand Franco und das heutige spanische System verteidigte. Man versuchte, die Absetzung des Antrages mit Geschäftsordnungsbegründungen zu erreichen, und man distanzierte sich von Franco und dem Terror in Spanien

mit Erklärungen über gewisse Veränderungen und Tendenzen zur Liberalisierung. Es mag den Anhängern Francos wenig Freude bereitet haben, daß das spanische Regime damit „verteidigt“ wurde, daß es doch nicht so grausam wie die kommunistische Diktatur sei!

Das Selbstbewußtsein des Europarats verhinderte, daß eine wichtige politische Frage geschäftsordnungsgemäß abgewürdigt wurde. Die demokratische Entschlossenheit der Mehrheit des Europarats zwang den Vorsitzenden des Politischen Ausschusses, die Sache erneut im Ausschuß prüfen zu lassen und die Spanienfrage nicht von der Tagesordnung des Europarats abzusetzen.

Es wurde bei dieser Diskussion, die mehr als drei Stunden dauerte, sehr deutlich, daß die Isolierung des Franco-Regimes stärker ist als zuvor und daß in der Beratenden Versammlung von den Konservativen über die Liberalen bis zu den Sozialisten viele Frauen und Männer sitzen, die positiv zu den Kräften in Spanien stehen, die unter großen Opfern und Schwierigkeiten um die Demokratisierung Spaniens ringen.

So, wie der Europarat schon oft für die Rechte der von den Kommunisten unterdrückten Völkern eintrat, tat er es in dieser Debatte auch für das Recht des spanischen Volkes. Die politische Moral ist unteilbar. Die Grundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit gelten gleichermaßen für alle Länder. — Wenn am Vortage dieser Diskussion der Europarat die Befriedung Zyperns forderte, so leistete er mit dieser Debatte über Spanien seinen Beitrag zur Wiederherstellung des Rechts und der Freiheit des spanischen Volkes.

Peter Blachstein

Abrüstung in Österreich?

Als sich Österreich 1955, durch den Staatsvertrag wieder frei und souverän geworden, zur immerwährenden Neutralität verpflichtete und aus eigenem Antrieb jede Teilnahme an militärischen Bündnissen verfassungsgesetzlich ausschloß, errichtete es ein, was Ausrüstung, Größe und Schlagkraft betrifft, sehr bescheidenes Bundesheer. Die kleine Alpenrepublik gibt seither für ihre Verteidigung wesentlich weniger aus als andere westliche Länder, auch bedeutend weniger als die übrigen Neutralen. Man meinte, die Wehrmacht eben bilden zu müssen, weil neutrale Staaten zu beweisen haben, daß sie allenfalls auch bereit sind, ihre Neutralität kämpfend zu verteidigen.

Freilich, größerer Popularität erfreut sich das Bundesheer bei den Österreichern noch immer nicht. Die meisten halten es für ein notwendiges Übel, andere aber wollen es gänzlich beseitigt wissen.

So hat der Vorschlag des sozialistischen Mitgliedes des Bundesrates (das ist die Länderkammer des Wiener Parlaments), Professor Dr. *Hans Thirring*, das Bundesheer aufzulösen, ein gar nicht geringes Echo gefunden, obgleich viele seine lautereren und schönen Ideen als einigermaßen utopisch betrachteten. Thirring ist ein renommierter österreichischer Wissenschaftler. Er hatte bis zu seiner altersbedingten Pensionierung den Lehrstuhl für theoretische Physik an der Wiener Universität inne.

In einer Broschüre „*Mehr Sicherheit ohne Waffen*“ und in einer Pressekonferenz legte Thirring seine nonkonformistischen und mutigen Ansichten — leider erfordert Nonkonformismus wie auch die Forderung nach Überbordwerfen alles Militärischen schon wieder größeren Mut — der Öffentlichkeit vor. Mit der Präzision des Naturwissenschaftlers schildert er Beweggründe und Folgen seines Konzepts für eine österreichische Abrüstung.

Ausgangspunkt für Professor Thirring ist die Annahme, daß die Selbstentwaffnung Österreichs, eines Landes an der Schnittlinie der beiden großen Weltblöcke, ein faszinierendes Beispiel geben würde. Er hält es für möglich, daß dieses gute Exempel des kleinen Österreich zu einer weltweiten Abrüstung führen könnte.

Der Atomwissenschaftler Thirring ist der Meinung, daß das internationale Tauwetter, die Bestrebungen zur Verankerung der Koexistenz andauern werden, weil die Großen genau wissen, daß jeder Atomkrieg das Ende der Menschheit bedeuten müßte. Von diesem Axiom geht Thirring aus.

Österreich, so halten die wohlmeinenden Kritiker dem Professor entgegen, besitzt jedoch keinerlei Garantie, daß es trotz seines Neutralitätsstatus' von Auseinandersetzungen immer verschont bleibt. Gerade aber für begrenzte Konflikte brauche Österreich eine bescheidene Truppe, die ja in großen, weltweiten Schlachten ohnehin völlig bedeutungslos wäre. Wäre das Bundesheer einmal aufgelöst, dann könnte man es nicht in kurzer Zeit, im Notfall, wieder reaktivieren.

Thirring selbst rückt um einiges von seinem Plan einer totalen österreichischen Abrüstung wieder ab, wenn er meint, es könnten ja zur Sicherheit Polizeieinheiten verstärkt werden, die allenfalls als Kerntuppe eines neuen Heeres dienen könnten. Dies hätte doch nur zur Folge, daß an die Stelle des Volksheeres eine Berufsarmee tritt.

Thirrings Plan wird deshalb auch von vielen seiner Freunde für eine Utopie gehalten. Dem Initiator macht dies allerdings nicht sehr viel aus, weil er natürlich nicht damit rechnet, daß seine Vorstellungen schon bald in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Man darf auch nicht übersehen, daß Utopien von heute

schon morgen oder vielleicht auch erst übermorgen zur Realität werden können. Zweifellos waren die Forderungen, welche die Arbeiterbewegung vor einem Jahrhundert in Deutschland und in Österreich erhob, Utopien, die deshalb belächelt wurden. Viele dieser visionären Wünsche sind längst erfüllt. Realisiert wurden auch Maßnahmen, die vor hundert Jahren nicht einmal die größten Utopisten dachten oder sagten. Man sollte also den Wert von Ideen, die uns heute utopisch vorkommen, nicht unterschätzen.

Im Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie, der Wiener *Arbeiter-Zeitung*, setzte sich Professor Thirring temperamentvoll mit seinen Freunden unter den Kritikern auseinander. Er meint:

„Wenn sich die von mir als Grundthese A bezeichnete Behauptung als richtig erweist, daß wir als das von den Vereinten Nationen anerkannte Modell eines abgerüsteten Staates mehr Sicherheit genießen als im gegenwärtigen Zustand, dann könnte unser Bundesheer die vortrefflichste Einrichtung dieser Art sein, ohne daß dadurch etwas an der Tatsache geändert würde, daß es überflüssig ist und daß die dafür verwendeten Milliarden eine Vergeudung von Steuergeldern bedeuten. Eine sachliche Diskussion über meinen Plan müßte also vor allem einmal den Wahrheitsgehalt der Grundthesen A und B sorgfältig prüfen, von denen die erste, eben genannte, sich darauf gründet, daß irgendeine militärische Operation gegen ein vollständig abgerüstetes Österreich den Angreifer selbst automatisch dadurch strafen würde, daß alle Abrüstungsmöglichkeiten auf Generationen hinaus vereitelt würden. Dadurch würden alle Länder einschließlich der Angreifernation selbst dazu verurteilt sein, in absehbarer Zeit unter der Drohung der Atomwaffenkatastrophe zu leben und die immer drückender werdende Rüstungslast weiter zu tragen. Die Grundthese B besagt, daß diese sehr wirksame Hemmung eines möglichen Angreifers (durch die das alte Dogma von der unwiderstehlichen Saugkraft eines militärisch leeren Raumes nunmehr seine Gültigkeit verliert) nicht nur die Folge eines augenblicklichen Tauwetters im politischen Weltklima ist, sondern dauerhaft weiterbestehen wird. Denn unabhängig von allen politischen Konstellationen und Stimmungen wird durch die künftige technische Entwicklung der Vorsprung der Vernichtungswaffen gegenüber den Abwehrmitteln noch weiter steigen: Die Folgen eines eventuellen Krieges werden noch fürchterlicher werden und daher die Dringlichkeit einer allgemeinen Abrüstung noch größer werden.“

Thirring meint dann, in einem großen Krieg würde Österreichs Bundesheer völlig bedeutungslos sein; er könnte wohl mit konventionellen Waffen beginnen, würde aber mit der totalen atomaren Auseinandersetzung enden, und im verwüsteten und verseuchten

Europa würden auch die Neutralen zugrunde gehen. Dann fährt er fort:

„Der konventionelle Krieg bildet gewissermaßen den Hoffnungsstrahl für jene Militaristen, die einsehen, daß ein Krieg mit Wasserstoffbomben wegen seines selbstmörderischen Charakters schwerlich kommen wird, die sich aber dennoch eine Welt ohne Krieg nicht vorstellen können, weil ja die Brände in Laos, Vietnam usw. noch immer nicht gelöscht sind. Aber Europa ist eben nicht Südostasien, und die Welt ist heute völlig anders geworden, als sie es 1939 war ... Friedliche Koexistenz im Sinne des waffenlosen Konkurrenzkampfes muß bestehen bleiben, und die allgemeine und vollständige Abrüstung muß unvermeidlich kommen, sofern unsere Zivilisation das Jahr 2000 noch erleben will ... Die Abrüstung wird mit dem oder ohne das Beispiel Österreich kommen, aber der von mir empfohlene Schritt könnte die Entwicklung beschleunigen, unserem Vaterland wohlverdienten Ruhm und Ehre eintragen und uns dazu auch wirtschaftlich ein bißchen besserstellen.“

Dr. Edgar Schranz, Wien